

ohne dabei Rückzugsräume für Unfertiges völlig zu verschließen. Technische Systeme müssen quelloffen sein, und dabei dennoch legitime Interessen an Geschäftsgeheimnissen wahren. Doch Rückzugsräume und Geschäftsgeheimnisse dürfen nicht dazu missbraucht werden können, Fehlverhalten zu vertuschen. Die Grenze ist nicht leicht zu ziehen und sie bedarf eines gesellschaftlichen Konsenses. Wir haben diese Regierung gewählt, sie handelt in unserem Namen, wir sind (Mit-) Verantwortlich.

Letztlich wird es ohne Vertrauen nicht gehen. Unternehmen, denen wir vertrauen sollen, müssen sich als würdig erweisen. Die Medienberichte der vergangenen Tage, Wochen und Monate zeigen, dass dafür viel zu tun ist.

erschieden in der *Fiff-Kommunikation*,
herausgegeben von Fiff e. V. - ISSN 0938-3476
www.fiff.de

Referenzen

Josef Foscchepoth (2012): Überwachtes Deutschland. Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik. Göttingen, Bristol: Vandenhoeck & Ruprecht

Sandro Gaycken (2015): Spionage? Kein Grund zur Aufregung! Frankfurter Allgemeine Zeitung, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bnd-affaere-spionage-unter-freunden-kein-grund-zur-aufregung-13564435.html>

Glenn Greenwald (2014): Die globale Überwachung. Der Fall Snowden, die amerikanischen Geheimdienste und die Folgen. München: Droemer

Byung-Chul Han (2012): Transparenzgesellschaft. Berlin: Matthes & Seitz

Auflage 2000. Stuttgart: Lucius & Lucchen

Grundrechten nicht in Sicht. Fiff-Kommunikation 1/2014, Seite 34

Trustworthy Computing. Digital Security in a Networked World. Indianapolis: John Wiley & Sons

Bruce Schneier (2012): Liars & Outliers. Enabling the Trust that Society needs to Thrive. Indianapolis: John Wiley & Sons

Karin Schuler (2014): Wer nicht kämpft, hat schon verloren. Fiff-Kommunikation 1/2014, Seite 34

Richard Sennett (2004): Respekt im Zeitalter der Ungleichheit. Berlin: Berliner Taschenbuch-Verlag



Sebastian Jekutsch

Betrifft: Faire Computer

Fair wie in Faires Silber.

Ach, die EU. Hauptsache der Euro rollt. Die USA hatten ein Gesetz zur Regulierung von Geschäften mit Konfliktmineralien geschaffen, das nicht perfekt war, aber innovativ und anspruchsvoll. Die EU wollte nachziehen, was die Kommission aber vorlegte, war schwach: Während in den USA alle börsennotierten Endproduktanbieter – also all die Apples, HPs, Ciscos und Intels, die wir kennen – Berichtspflichten auferlegt bekommen haben, sollen in der EU nur die paar Rohstoffimporteure berichten, die niemand kennt, und noch schlimmer: nur wenn sie wollen, denn verpflichtend soll es auch nicht sein. Die Hoffnung der Zivilgesellschaft – auch das Fiff war Teil dieser NGO-Koalition – ruhte daher auf dem EU-Parlament. Das Komitee für Entwicklungspolitik des Parlaments stimmte für eine verbindliche Berichtspflicht. Federführend ist aber leider das Parlamentskomitee für Internationalen Handel, und das hat den Kommissionsentwurf ohne viele Änderungen durchgewunken und Mitte Mai dem gesamten Parlament zur Abstimmung vorgelegt.

Im EU-Parlament war die Stimmung dann jedoch eine ganz andere. In einer kaum für möglich erscheinenden Wende wurde nun ein Gesetzentwurf geschmiedet, der sogar über das hinaus geht, was in den USA verlangt wird: Importeure müssen sich von der EU zertifizieren lassen, und alle Hersteller, die diese Rohstoffe in ihren Produkten haben – in der EU immerhin gut 800000 meist mittelständische Unternehmen – müssen ihre Sorgfaltspflicht nachweisen, und das nicht nur für Zentralafrika, sondern für alle (noch zu definierenden) Konfliktgebiete. Vielleicht hat ja das Lobbying der vielen NGOs doch gefruchtet? Als nächstes muss das Gesetz allerdings durch den Europäischen Rat, wo es bestimmt wieder abgeschwächt wird.

In den USA steht unterdessen bald schon die zweite Runde der Pflichtberichte an, diesmal für die Geschehnisse im Jahr 2014. Überrascht hat Apple, denn sie veröffentlichten ihren Bericht schon im Februar. Die anderen dann wohl wieder kurz vor knapp. Amnesty International und Global Witness haben sich die letztjährigen Berichte angeschaut und mussten feststellen: Fast 80 % der Unternehmen haben sich gar nicht vollständig an die Vorgaben gehalten und klagen lieber dagegen. Ach, die Multis. Hauptsache der Dollar rollt.

Samsung bleibt von all dem befreit, da aus Südkorea. Aber sie sollten schauen, was in Taiwan mit RCA passierte: Der inzwischen Thomson Multimedia gehörende US-Veteran muss über 30 Jahre, nachdem Mitarbeiter Belastungen durch Chemikalien im Herstellungsprozess ausgesetzt waren, einige Millionen Entschädigung zahlen. Dem versucht Samsung, um auf diesen aktuellen Hersteller von LCDs, CPUs u.v.a. zurück zu kommen, zuvorzukommen, indem sie freiwillig (und ohne Schuldeingeständnis natürlich) erkrankten Mitarbeitern Gelder in Aussicht stellen, natürlich offiziell nicht als Entschädigung, sondern als Fürsorge für ihre Mitarbeiter. Wir berichteten schon davon; neu ist aber, dass es „not our final plan“ ist. Da kommt also noch was.

Was gibt es Neues bei den beiden Graswurzelpunkten der fairen Elektronik? Nager-IT möchte, solange es z. B. kein faires Lötzinn gibt – FairLötet ist noch im Entstehen – zum Ausgleich aus dem Verkauf der Mäuse Gelder für ein Unterstützungsprojekt in Indonesien bereitstellen, dort wo vieles des in Elektronik eingesetzten Zinns herkommt, und zwar auf illegale, Gesundheit und Umwelt gefährdende Weise. Außerdem sind die Holzscrollräder



inzwischen serienreif; die bisherigen Plastikräder kamen nämlich aus China unter unbekanntem Arbeitsbedingungen.

Fairphone hat einen Audit-Bericht über ihren neuen Fertigungsbetrieb Hi-P in China veröffentlicht, den man so zusammenfassen könnte: Das Übliche, aber nichts Übles, insbesondere ähnlich dem vorherigen Kontraktfertiger. Fairphone hält zudem an der Absicht fest, Fairtrade-zertifiziertes Gold in ihre Smartphones zu bringen, genauer: Komponentenhersteller sollen eine ausgleichende Menge Fairtrade-Gold anschaffen und dem konventionellen Gold zufügen, um dann die Mischung zu verarbeiten. Wir kennen das vom Einspeisen von Ökostrom in die ansonsten konventionellen Netze.

In China treten die ArbeiterInnen zunehmend für bessere Arbeitsbedingungen ein, auch ohne ernst zu nehmende Gewerkschaft, selbst Samsungs Installateure organisieren sich im eher Streik-unfreundigen Südkorea. Ich bin überzeugt, dass das ein wichtiger Faktor hin zu faireren Geräten ist, und ich wünschte, wir könnten dies unterstützen. Aber vielleicht sollten wir bei uns selbst anfangen und zum Beispiel die richtigen EU-PolitikerInnen wählen.

Sebastian Jekutsch ist Sprecher der AG Faire Computer des FlFF. Wer sich für die Quellen oder das Thema überhaupt interessiert kann gerne Kontakt aufnehmen per sj@fiff.de.



Humanistische Union – Pressemitteilung

Entwicklung von Kampfdrohnen

Ein faules Osterei der Rüstungsministerin

2. April 2015 – Die jüngste Erklärung von Bundesministerin von der Leyen, Deutschland werde gemeinsam mit Frankreich und Italien eine kampffähige Drohne entwickeln, bezeichnete der Vorsitzende der Humanistischen Union, Werner Koep-Kerstin, als „ein faules Osterei, das Bundesministerin von der Leyen unter Missachtung der ethischen Problematik unbemannter Kampfdrohnen präsentiert hat.“

Die Humanistische Union lehnt die Anschaffung und den Einsatz von Kampfdrohnen ab, denn:

- Die Hemmschwelle zum Einsatz von Gewalt sinkt, wenn Waffen eingesetzt werden können, ohne das Leben eigener Soldaten zu riskieren.
- Die Automatisierung und Verselbständigung von Kampfdrohnen und anderen Waffensystemen ist absehbar, da Computer Informationen wesentlich schneller verarbeiten können als Menschen. Am Ende werden Entscheidungen über Leben und Tod an Computer abgegeben, den Krieg führen Roboter. Es droht der Kontrollverlust über die Kriegführung.
- Die Zahl der zivilen Opfer von Drohneneinsätzen, sog. „Kollateralschäden“, ist – wie sich am Beispiel von US-Drohnen in Pakistan u. a. nachweisen lässt – erschreckend hoch; Kampfdrohnen sind nicht die Präzisionswaffen, als die sie ausgegeben werden.

Es sei zudem eine Illusion, wenn Bundesministerin von der Leyen meine, das Parlament könne jederzeit den zukünftigen Einsatz von Kampfdrohnen einhegen, erklärte Koep-Kerstin.

Mit großer Sorge betrachtet die Humanistische Union die zunehmende Aufweichung des sogenannten Parlamentsvorbehaltes, den das Bundesverfassungsgericht seinerzeit für Auslandseinsätze

geltend gemacht hatte. Demnach ist die Bundesregierung verpflichtet, „für einen Einsatz bewaffneter Streitkräfte die grundsätzlich vorherige Zustimmung des Deutschen Bundestages einzuholen“. Inzwischen mehren sich Stimmen, die den Parlamentsvorbehalt grundsätzlich problematisieren hinsichtlich der Effizienz von Entscheidungen und damit verbunden der Bündnisfähigkeit Deutschlands. Mit Bedauern wird konstatiert, dass Deutschland und die Niederlande zu den Ländern gehören, deren Regierungen auf Billigung des Parlaments bei der Entscheidung über bewaffnete Auslandseinsätze ihrer Streitkräfte angewiesen sind.

Die Art und Weise, wie der Deutsche Bundestag die inzwischen mehr als fünfzig Anträge der jeweiligen Bundesregierungen für bewaffnete Auslandseinsätze der Bundeswehr noch stets gebilligt hat – beispielsweise bei den Afghanistan-Mandaten – kann realistisch nur als „Genehmigungs-Automatik“ beschrieben werden. Der Parlamentsvorbehalt bietet „keine Sicherheit dafür, dass die deutschen Streitkräfte strikt nach Maßgabe der Vorgaben des Grundgesetzes und der UNO-Charta verwendet werden“, erklärte der Verfassungsrechtler Prof. Martin Kutscha, zugleich Vorstandsmitglied der Humanistischen Union.

Wenn jetzt die Erwartung geäußert wird, Bundesministerin von der Leyen könne nun – nach einer Serie von Rüstungsbeschaffungs-Skandalen ihrer Vorgänger – beweisen, wie man effektiv und kostengünstig Großprojekte wie die Kampfdrohne bewältige, so ist dies der falsche Maßstab. „Von der Leyen sollte sich eher die Forderung der fünf Friedensforschungsinstitute im jährlichen Friedensgutachten zu eigen machen und für die weltweite völkerrechtliche Ächtung von Kampfdrohnen plädieren und sich zumindest für die dringend notwendige Rüstungskontrolle bei diesen Waffensystemen einsetzen“, meinte der HU-Vorsitzende.

Quelle: Pressemitteilung der Humanistischen Union e. V.